

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meißner'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Ström) für die Schriftleitung verantwortlich D. Ström in Neuenbürg.

№ 28.

Neuenbürg, Samstag, den 2. Februar 1924.

82. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Unter weitem Randtag ist also jetzt wieder beisammen und berät Anträge etc. Ein großer Redaktionsstand entstand gleich zum Beginn um das heiligste parlamentarische Gut (außer den Diäten und dem Preisfahrtschein) 1. Klasse auf den schwabischen Eisenbahnen und sogar auf den deutschen Bodenverkehrsunternehmen, nämlich um die Immunität, d. h. eine Art von Straffreiheit für solche Abgeordnete, die nicht bei einem Verbrechen auf frischer Tat erwischt wurden, aber sonst irgend etwas anstellten, was Gott und das Strafgesetzbuch verboten haben. Das ist ein sehr heisser Punkt, auf den besonders die Linke großen Wert legt, und zwar besonders die Kommunisten, zumal deswegen, weil sie am meisten Grund haben, für ihre Abgeordneten Straffreiheit und Ausserverfolgung zu fordern. Merkwürdig ist nur, daß sich die Kommunisten immerzu auf diese allerdings in der Verfassung stehende Bestimmung berufen, also gewissermaßen den Schutz durch die Verfassung verlangen, durch dieselbe Verfassung, die sie auf dem Weg der Gewalt umstürzen wollen. Und sie verlangen das sogar in einem Fall, in dem einer oder mehrere ihrer Abgeordneten dabei verhaftet wurden, als gerade beraten wurde, wie man mit Gewalt dieser Verfassung den Garaus machen könne.

Auch eine Revolution, wenigstens im Kleinen, dem Sturm in einem Glas Wasser zu vergleichen, gab es in den letzten Tagen am Stuttgarter Landestheater, der Schöpfung unserer seligen Königs Wilhelm, aber Schmarzensand des Finanzministers, der das Vergnügen hat, für seinen Freiwil in einer der ebendiesigen Drogen das Defizit des Theaters zu bezahlen, ein Vorrecht auch voran seiner Majestät, ließ doch diese es aus ihrer Privatsäckel zu befürgen pflegt, der Finanzminister dagegen aus dem Staatsschatz des Volkes. Der Staatspräsident und Kultminister freilich ist dieser Nutzen entbehrlich und geneigt ausschließlich die Vorzüge des alten Regimes. Wir haben uns in der Republik allmählich wieder ganz neu an bössere Gewohnheiten von oben gewöhnt und sind gar nicht mehr erstaunt, davon sprechen zu hören, daß der Herr Staatspräsident noch lange keine Protektionswirtschaft treibt, wenn er eine Sängerin in seine Loge befördert und die Frau Staatspräsidentin ein Bühnenmitglied zum Kaffe einlädt. Und doch gab es eine kleine Palastrevolution, die bis vor das Staatsministerium kam und neben einigen Heiden der Stuttgarter Presse allerhand Artikel in den neuem Zeitschriften unserer Bevölkerung von Siedel und Land erregte, die heute noch nicht weiß, weshalb man vom Landtag alle Jahre die Bewilligung eines Korbesatzpostens zur Deckung des Verlustes verlangt, der bloß zu dem Zweck entsteht, daß die Stuttgarter und wer zur nächsten Umgebung gehört, sich das Vergnügen einer billigen Theatervorstellung leisten können.

Auf dem erntereicheren Gebiete der Politik ergab die Woche ein merkwürdiges Gemisch des Parteilebens im Lande. Man bereitet sich nachgerade auf die kommenden Wahlen vor. Es kann zwar Mai oder Juni werden, bis sie da sind, aber der frische Mann hat vor. Und so erleben wir denn schon jeden Sonntag, bisweilen sogar an den Wochentagen, da und dort an allen Ecken und Enden Württemberg's Parteitage und Wähler-beratungen, wobei das Zentrum die Rolle des Frühaußenseiters übernommen hat; Morgenstunde hat Gold im Mund. Die anderen bleiben natürlich auch nicht zurück. Die Volk, die Weiblingen! Die Rot, die Blau, die Schwarz! Das kann mit der Zeit noch unterhaltener werden, wenn erst die Flugblätter fliegen und die Gemüter sich erhitzen. Es war früher übrigens auch nicht besser. Wohl kam damals noch eine Besondere dazu: die Bündnisfrage unter den Parteien, für die Hauptstreitpunkt als auch momentlich für die Stichwahlen. Das gibt es bei dem neuen Wahlrecht nicht mehr und das ist das einzige Gute daran. Dafür spielt sich schon jetzt im Stillen bei allen Parteien der Kampf darum ab, wer an die Kandidatenliste kommt und an welcher, d. h. ausführender oder unterstützender Stelle. Derweilen kämpft die Reichsregierung ihren guten und gerechten Kampf gegen den französischen Uebermut mit Roten und Verhandlungen weiter, immer noch ohne Aussicht auf Erfolg, und der ungewöhnliche Druck auf Rhein und Ruhr dauert in voller Schwere an.

Wegen der Einreise durch militärisch-politische Verträge zwischen Frankreich und der kleinen Entente im Osten wendet sich in zunehmender Maße Italien, das zuerst mit Spanien und jetzt mit Südschweden einen Vertrag geschlossen hat. Die Souveränität Italiens in Ruine wird darin anerkannt. Ein Handelsabkommen zwischen den beiden Ländern, die sich im Fall eines internationalen Konflikts jede Art von gegenseitiger Unterstützung zusichern und die Gewähr für die Aufrechterhaltung der geltenden Friedensverträge sich ausdrücklich verbürgen, ist vorgezeichnet. So schließt sich am Mittelmeer ein Ring gegen die Franzosen, und zwar an ihrer empfindlichsten Stelle, nämlich an dem schmalen Übergang zu ihrem großen Kolonialbesitz in Afrika.

Deutschland.

Zur Verringerung der Oberamtsbezirke.

Am Sonntag fand in Blaubeuren eine von fast allen Bezirksorten beschickte Versammlung statt, die mit der Stadt Blaubeuren zusammen über die drohende Aufteilung des Oberamtsbezirk beraten sollte. Nach einem eingehenden Referat von Stadtschultheiß Dorn wurden die Schritte beraten, die getan werden sollen, um die Gefahr, die nicht nur der Oberamtsbezirk, seinem landwirtschaftlichen und gewerblichen Mittelstand, sowie den Bezirksangehörigen droht, abzumildern. Wie sehr der ganze Bezirk beunruhigt ist, bewies nicht nur der äußerst zahlreiche Besuch, sondern auch die einstimmige Meinung, daß alles getan werden müsse, um die Katastrophe abzuwenden. Selbst die von Blaubeuren ziemlich weit entfernten Orte sprachen den einstimmigen Wunsch aus, bei Blaubeuren bleiben zu wollen. An der Versammlung nahmen auch Vertreter der Ge-

meinden Bödingen, Sonthem und Emmenhausen teil, die im Fall einer Veränderung in der Zusammenfassung der Oberamtsbezirke mit aller Entschiedenheit verlangen, daß ihrem schon über ein Jahrhundert begabten Wunsch, dem Oberamt Blaubeuren, dessen Oberamtsstadt ihnen wirtschaftlich und verkehrsmäßig näher liegt als Rünningen, entgegenzukommen werde. Vielen Wunsch sollen auch nachträglich die Gemeinden Heibringen und Heisterheim geäußert haben. Nach zum Teil recht erregten Worten über die geplanten Maßnahmen wurde von der Versammlung folgende Erklärung einstimmig angenommen: Wir fordern unter allen Umständen die selbständige Bestimmung des Oberamtsbezirks Blaubeuren, der zu den ältesten Württemberg's zählt, aus folgenden Gründen: 1. Den Beweis für die Behauptung, es werden durch die Aufhebung des Oberamtsbezirks Blaubeuren Ausgaben erspart und die Verwaltung verbessert, können wir nicht als erbracht ansehen, im Gegenteil werden nach unserer Ansicht die Ausgaben vermehrt, wenn auch nicht für den Staat, so doch für die durch diesen „Abbau“ betroffenen Staatsbürger. — 2. Wir weisen mit aller Deutlichkeit hin auf die großen wirtschaftlichen Nachteile, die im Falle der Aufhebung des Oberamtsbezirks Blaubeuren für dessen Bewohner und die Gemeindevorkommnisse, aber auch für den Staat selbst entstehen. Erhöhen und damit Steuerkräfte werden geschwächt und zum Teil vernichtet und damit die Leistungsfähigkeit der Gemeinden bezüglich auf den Gehalt des Bildungswesens herabgedrückt. Die Bewohner der Bezirksgemeinden hätten künftig weitere mit erhöhten Kosten verbundenen und vermehrten Auslagen verbundene Reisen zu machen, wenn sie ihre Angelegenheiten bei den Bezirksbehörden erledigen wollen. — 3. Die Erfordernisse, die seit der Staatsumwälzung mit der Zentralisation gemacht worden sind, können nicht dazu ermutigen, dieses Experiment auf die Bezirksverwaltung auszudehnen, die sich in ihrer jetzigen Form durch Generationen hindurch bewährt hat und die einer organischen Weiterentwicklung unfähig ist. Am Montag waren drei Abordnungen der Stadtverwaltung, des landes. Bezirksvereins und des Gewerbevereins zu weiterer Begründung ihrer Wünsche bei den maßgebenden Stellen in Stuttgart.

Zur Freilassung Weißhirschs.
Leutnant Weißhirsch hatte bekanntlich den Ueberfall auf den Deutsch-Amerikaner Bergdoll in Eberbach am 10. August 1923 unternommen und hatte sich deshalb am 6. und 7. Dezember vor der Strafkammer in Weisbach zusammen mit dem Agenten Sperber aus Paris, dem russischen Wüstling Gogarin und dem amerikanischen Chauffeur Nelson zu verantworten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hat Weißhirsch dem Gericht gegenüber erklärt, daß er die Alleinverantwortung dem Ueberfall trage und daß seine Mitangeklagten nur seine Helfer gewesen seien, die keine Bläne ausübten. Das Urteil lautete bei Weißhirsch auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis und 2 Millionen Mark Geldstrafe, bei Sperber auf 1 1/2 Jahre, bei Gogarin auf 8 Monate und bei Nelson auf 3 Monate und 8 Millionen Mark Geldstrafe. Nelson's Strafe war durch die Unterlassungsklage verurteilt. Auch die beiden anderen Beurteilten, Karl Gogarin und Sperber, wurden aus dem Gefängnis entlassen.

Polstuhlungsbungen im bayerischen Landtag.

München, 31. Jan. Der bayerische Landtag trat heute nach längerer Pause wieder zusammen und nahm zu den Ereignissen in der Pfalz Stellung. Präsident Königbauer gedachte in längerer Ansprache der Leiden der pfälzlichen Volksgenossen. Gelegentlich der bayerischen Volksvertretung sei es, gegen den Mißbrauch der Gewalt in der Pfalz in der ganzen Welt heftig zu protestieren. Der Präsident gab unter lebhaftem Beifall der Hofnung Ausdruck, daß der Tag der Erlösung für die treuen Pfälzer bald kommen werde. Sogar noch der Ministerpräsident Dr. von Krieger, der gleichfalls auf die Zusammenarbeit der Franzosen und der bayerischen Separatistenbanden hinwies und es ausdrücklich bekräftigte, daß die englische Regierung durch einen besonderen Kommissar sich über die Lage in der Pfalz unterrichtete. Er freute sich, daß Generalconsul Ulbe trotz der ihm entgegengehaltene Hindernisse festgestellt habe, daß die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung der autonomen Regierung treulich gegenüberstehe und daß diese sofort vertreiben werde, wenn die französische Unterstützung aufhöre. Durch das freudige Bestimmen der Vertreter der pfälzlichen Bevölkerung zum Deutschland sei ein Pflanzgewebe zerissen worden, das einen neuen Rechtsbruch vorbereiten sollte. Der Ministerpräsident schloß, er sei überzeugt, daß die Pfälzer unentwegt durchhalten werden, denn sie hätten das Recht für sich und darum müßten und würden sie an einem Tage auch durchdringen. Im Anschluß an diese Rede ließen alle Parteien erklären, daß sie im Gefühl des Schmerzes über das fernere Schicksal der Pfalz und in unauflöslichem Dank für die treuherzige Haltung der Bevölkerung sowie in dem heißen Wunsch der baldigen Befreiung der Pfalz einig seien. Als der kommunistische Abgeordnete Henderboun sprach, daß die Separatisten und Franzosen nur blutigen Methoden anwenden, wie der Generalstaatskommissar von Bayern, erobert sich ungewohnter Dürre und der Präsident gab unter lebhaftem Zustimmung des Hauses der Entrüstung darüber Ausdruck, daß ein Mitglied des Hauses im Augenblick einer einseitigen nationalen Kundgebung eine solche Gefühlslosigkeit begangen konnte.

Kundgebung der Deutschen Volkspartei in Bayern.

Die Deutsche Volkspartei in Bayern erläßt eine Kundgebung zur politischen Lage. Reichspolitisch steht an der Spitze der Imperativ: Halte das Reich! Kein Rollrecht deutschen Bodens darf unter irgend einer Form vom Reich losgelöst werden! In der Innenpolitik wird gefordert: Abbau der Revolution! Juridisch zu Wismarcks föderalistischem Staat! Der Gedanke einer auch nur vorübergehenden Trennung Bayerns vom Reich wird abgelehnt und mit Abscheu als Hochverrat bezeichnet. Für die bayerische Politik wird gefordert: Auflösung

des Landtags, Zusammenlegung der in diesem Jahr fälligen Wahlen, Schaffung eines Staatspräsidenten, einer zweiten Kammer und Vereinfachung der Staatsverwaltung.

Von der sogenannten autonomen Regierung der Pfalz.

Die sogenannte autonome Regierung der Pfalz wird am freitagabend durch ihre eigenen Bestimmungen gefangen genommen. Die an der Anschlagstafel am Regierungsgebäude in Speyer zu lesen sind. Um dem Diebstahl des Mobilars aus dem Regierungsgebäude zu steuern, wurde folgender Erlass angehängt: Das Verablassen von Verleuten auf der Rückseite des Regierungsgebäudes ist strengstens untersagt und wird mit sofortiger Entlassung bestraft. Noch bezeichnender ist folgender Erlass: Das Einbringen von Frauenzimmer in das Regierungsgebäude ist bei hoher Strafe und sofortiger Entlassung verboten.

Die Ruhrindustrie muß ihren Betrieb einstellen.

Der Dortmunder Generalanzeiger veröffentlicht die Meldung eines Rotterdamer Blattes, wonach Hugo Stinnes gegenüber Vertretern der internationalen Ingenieurkommission erklärt habe, daß der Wismarvertrag die Ruhrindustrie in der schwersten Weise überlaste und daß der Stinneskonzern bereits in nächster Zeit gezwungen sei, seine Betriebe im besetzten Gebiet stillzulegen, sofern nicht unverzüglich eine Abänderung der Wismar-Vertragsbestimmungen erfolgt. Dazu bemerkt das genannte Blatt: Diese Meldung erscheint durchaus glaubhaft.

Die Verhältnisse in der Kölner Handelskammer.

Berlin, 31. Jan. Die preussische Fraktion der Deutschen Volkspartei hat neulich den Reichstag gefordert, daß für Männer, die mit dem Gedanken der Auflösung des Rheinlandes von Breiten diesen, kein Platz in der Partei sei. Darauf ist der Vorsitz der Kölner Handelskammer, Dr. Wiedemann, aus der Volkspartei ausgeschieden. Die „Zeit“ bemerkt zu dieser Angelegenheit: Wie wir hören, bringt man in den Kreisen der preussischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei darauf, daß der preussische Handelsminister sich erneut um die Verhältnisse der Handelskammer in Köln kümmere. Dr. Wiedemann ist als Handelskammerpräsident mittlerer Staatsbeamter. Räumt er an landesvertragsmäßigen Bestrebungen zur Verwirklichung der Abtrennung des Rheinlandes teil, so hat er jedenfalls kein Amt als Handelskammerpräsident nicht weiterzuführen.

Kampfmittel der kommunistischen Revolution.

Da die Kommunisten mit ihren wiederholten Versuchen, große Aufstände in Sachsen anzusetzen, seit dem Einrücken der Reichswehr nur Mißerfolge zu verzeichnen hatten, schienen sie zu anderen Kampfmitteln überzugehen. Am Sonntag vor acht Tagen wurden gegen einen Fabrikanten in Döbeln: Ernstial zwei Dynamitgeschosse verbleit, und zwar wurden zwei mit Dynamit gefüllte Konterpannen in den Garten dieses Fabrikanten geworfen, die glücklicherweise nicht explodierten. Die Menge Dynamit wäre aber hinreichend gewesen, unabehobenes Unheil zu verursachen. Der Sprengstoff ist offenbar aus dem Serdentinsteingruben Oberwald durch Einbruch geschleichen worden. Damit eroberten auch die umfangreichen Sprengstoffe, die in der letzten Zeit in Sachsen vorkamen, eine überraschende Aufklärung. Am letzten Sonntag wurde der Anschlag wiederholt und zwar wurde das Ansehn eines Oberrohrs mit Dynamit und Metallstücken gerollt ins Feuer geworfen. Glücklicherweise explodierte auch diese Bombe nicht, die sonst zweifellos das ganze Haus vollständig zerstört hätte. In der Nacht von Samstag auf Sonntag wurde in das Speisezimmer eines anderen Fabrikanten in Döbeln: Ernstial eine Bombe geworfen, die aber explodierte und große Verwüstungen anrichtete. Die Bewohner dieses Hauses blieben jedoch wie durch ein Wunder unversehrt. Die Täter sind nach nicht ermittelte, obwohl begründeter Verdacht vorliegt. Ein Polizeibeamte, der auf die Spur gefasst wurde, hatte keinen Erfolg. Bestimmte Anzeichen lassen darauf schließen, daß ein Anschlag von einem noch aktiveren Angehörigen der Kommunisten zu rechnen sein wird. Das sind zweifellos typische russische Kampfmittel.

Dr. Luther über die dritte Steuer-Motorenordnung.

Berlin, 1. Febr. Reichsfinanzminister Dr. Luther äußerte sich gestern vor Pressevertretern über die dritte Steuer-Motorenordnung. Er erklärte, sie sei dazu bestimmt, ein Loch von 600 Millionen Goldmark auszufüllen. Er habe Absicht, ein Gesetz zu erlassen, das die Kreditverhältnisse des Reiches freilegt. Die Kreditverhältnisse habe wie ein Damokleischwert für alle Verhandlungen geschwebt. Die 2 oder 12 Prozent, die sich aus den Obligationen ergeben und teilweise schon am 1. März zu bestehen beginnen, seien geradezu unerträglich für die Bilanzierung des Staatshaushalts. Vor allen Dingen habe aber auch bei der Regelung des Finanzangelegenheiten zwischen Reich und Ländern ein Erlass für die wieder fast ausschließlich vom Reich gezahlten Gehälter geschaffen werden müssen. Die Erlösung der aufgewerteten Beträge gedente man bis über die nächste Ernte hinaus zu ziehen. Die Zentrumsfraktion hat gestern noch eine Fraktionsbesprechung, die fast den ganzen Tag währte, wie die „Germania“ berichtet, beschlossen, eine aus 4 Mitgliedern bestehende Kommission an den Reichskanzler, den Wirtschafts- und Finanzminister zu senden mit der Aufgabe, an diesen Stellen die Bedenken zum Ausdruck zu bringen, die in der Fraktionsbesprechung gegen die dritte Steuer-Motorenordnung laut geworden sind.

Keine Hoffnung für Staatsanleihen.

Wie wir von unrichtiger Seite hören, enthält die dritte Steuer-Motorenordnung über die Frage der Aufwertung der deutschen öffentlichen Anleihen eine ganz präzis Bestimmung, die die Frage in negativem Sinne entscheidet. In der dritten Steuer-Motorenordnung wird bestimmt, daß eine Rückzahlung der deutschen Anleihen erst nach Erlangung sämtlicher Reparations-

Kundgebungspreis:
Die einjährige Beilage ab-
beran Num in Bezirk
10, außer 20 halbjährig
mit Jahrgang 100 Reichs-
marken 100 Reichs-
marken u. Aufnahmestelle
P.R.L.A. Nr. 1-100 Reichs-
marken.
Bei größeren Kundgebungen ent-
sprechender Rabatt, der in
alle des Kundgebungs-
jahres wick, ebenso wenn
Abgabe nicht innerhalb
3 Tagen nach Rechnungs-
datum erfolgt.
Bei Preisveränderungen
treten sofort alle früher. Ein-
erhebungen außer Kraft.
Verleger Dr. K.
Für telefonische Kundgebun-
gen wird keinerlei Gewähr über-
nommen.

Sind überall zu haben!

WH
Kurbach,
Halbjähriges
Kind
und junge, trachtige, rotfarbige
Ziege
verkauft
Gottlob Dachteler.

Konsumverein
Neuenbürg a. E.
in Mitgliedern Samstag mittag

Borstwaren
Schwarzenmagen,
Schinkenwurst.

Frohmann Schwann.
2. Februar 1924
„Waldhorn“ unsere
D-Unterhaltung
Programm u. a.
„Welt“, Schauspiel in 4 Akten.
Beginn 8 Uhr.
Der Vorstand.

er Säger,
eingearbeitet ist, sofort

Brechkok, Aufkohlen, Schmiedekohlen, Anthracit-Kohlen
Horn und Waggonsbezug

L. Laible, Telefon 308, Güterbahnhof.

WH

In Frage kommt, d. h. nach einer Frist von Jahren. Während der ganzen Zeit, in der Deutschland Reparationszahlungen zu leisten hat, wird der Staat keinerlei Aufwendungen für die inneren Angelegenheiten der Krieg- und Vorkriegszeit machen. Die fälligen Ausgaben nicht zurückzahlen und auch keine Zinsen zahlen. Die Schwermaterordnung beruht außerdem, daß bei Aufnahme neuer Anleihen bestimmt werden kann, daß sie mit Vorrang zu verzinsen und zu tilgen sind. Die Reichsregierung hat sich dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß die Kriegsanleihe sich nicht mehr in der Hand ihrer Zeichner befindet, sondern größtenteils erst im Laufe der letzten Jahre in die Hand ihrer jetzigen Inhaber übergegangen ist, so daß sie also eine moralische Verpflichtung zur Annahme nicht anerkennen kann.

Dr. Schachts Referat.

Berlin, 1. Febr. Wie verlautet, hat das umfangreiche Referat Dr. Schachts vor den Sachverständigen auf diese einen günstigen Eindruck gemacht. Der weitere Ausschluß, der am Montag mit der Untersuchung der Kapitalflucht begann, hörte die Ausführungen des früheren Staatssekretärs Bergmann und des Direktors der Deutschen Bank, Wassermann. Die den Sachverständigen übergebene Denkschrift der Reichsregierung wird zuerst ins Englische und Französische überetzt. In maßgebenden Kreisen der Sachverständigenkommission ist man der Ansicht, die Rüge der Arbeiter werde die Kommission den Februar über in Berlin festhalten.

Das Reich fordert Stundung der Kosten der Kontrollkommissionen.

Das Reichsfinanzministerium hat den Votals, in denen die Berliner Kontrolle-Kontrollkommission untergebracht sind, mitgeteilt, daß es ihm weiterhin nicht mehr möglich sei, die Kosten für die Unterbringung der verschiedenen Kommissionen zu bestreiten und daß es ab 1. April nur noch die Hälfte der Kosten begleichen könne. Der Rest müßte gestundet werden. Die Sachverständigen wollen darauf nicht eingehen.

Neue Stundung im Berliner Stadtparlament.

Am Donnerstag wiederholten sich im Berliner Stadtparlament die ständigen Vorgänge bei der Beratung über die Frage der Jugendberufszeit der Arbeitslosen, wie sie bereits einmal zur Sprengung der Sitzung geführt haben. Gerade als durch die Unterbrechung der Listen ein für die Erwerbslosen günstiger Antrag angenommen worden war, zog eine Plinkombe in die Reihen der sozialistischen Listen, die die gesamte Rechte sofort veranlaßte, den Saal zu verlassen.

Ausland.

Einheitlicher Oberbefehl über die belgischen Besatzungstruppen.

Die Agence Belge meldet, daß die belgischen Truppen im Ruhrgebiet vom 1. Februar ab unter dem Befehl des Kommandierenden der Besatzungstruppen gestellt werden. Der Kommandant des Kommandanten des Brückenkopfes Duisburg-Ruhrort werde aufgehoben. Der Kommandierende der belgischen Truppen im Ruhrgebiet werde sein Hauptquartier in Duisburg beziehen. Alle belgischen Truppen rechts des Rheins würden ihm unterstellt.

Die Sachverständigen fordern die Einnahmen des Ruhrgebietes für die Reichskasse.

Die "Dre Belge" schreibt: Wir sind in der Lage, folgenden zu erklären: Die Aufnahme der Ruhrbesetzung ist zu einer brennenden Frage geworden, nicht nur wegen der Regierungswechsel in London, sondern auch wegen des Sachverständigenausschusses in London. Die Mitglieder dieses Ausschusses, dessen Aufgabe es ist, das deutsche Budget auszuwerten und die deutsche Währung zu stabilisieren, sind dabei übereingekommen, daß ihre Arbeiten unfruchtbar bleiben werden, wenn sie nicht die Einkünfte aus dem Ruhrgebiet hinzuzählen, mit anderen Worten, die Sachverständigen verlangen, daß die Einnahmen aus den Eisenbahnen und anderen öffentlichen Diensten im Ruhrgebiet, die die Franzosen und Belgier beschlagnahmt haben, wieder in die Kassa des deutschen Budgets übergeführt werden. Es ist es nicht unmöglich, einem derartigen Verlangen der Sachverständigen Folge zu leisten, ohne die Besetzung der Besetzung ins Auge zu fassen. Aus diesen Gründen erlangen die alliierten Verhandlungen, die am Sonntag in Paris geblieben worden sind, eine ganz besondere Bedeutung.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Sonntagsgebühren.

Durch den Mangel an kleiner Selbstverehrung bröckelt die Fähigkeit zur großen ab. Jeder Tag ist schlecht bezahlt und eine Gefahr für den nächsten, an dem man nicht wenigstens einmal sich etwas im Kleinen erlaubt hat: die Gewohnheit ist unentbehrlich, wenn man sich die Freunde sein eigener Herr zu werden erlauben will. Das Mißliche von der großen Entfaltung ist, daß sie uns jeden Jugendsitz mitteilt, vermöge dessen wir von da an leicht viel keine Entfaltungen von uns erlangen. Reiche. Tue das Vollkommenste, was durch dich möglich ist.

Alle Kraft des Menschen wird erworben durch Kampf mit sich selbst und Überwindung seiner selbst.

Reuenbürg, 2. Febr. Die heutige Nummer der Delmotzbelage führt uns eine besondere Stielungsform vor Augen, nämlich die der oberirdischen Einblöde. Unsere Kriterien, die Art der Stielung tragen immer auch eine besondere Geschichte in sich und so auch die Stielungsform der Einblöde in unterm Oberboden. Daß es nicht so ist, als ob diese Höhe von jeder so einseht und versteht dazulegen wären, und wie sie überhaupt entstanden sind, soll der Verkauf der Weilage zeigen und in einer besonderen Erzählung soll noch ein Stück vom inneren Leben eines solchen Einblödes lebendig werden.

Reuenbürg, 2. Febr. Wir machen nochmals auf den morgen Sonntag 5 Uhr im "Bären" stattfindenden Klavier- und Liedabend von Fred Romberg (Tenor), Kammeränger aus München, und Kurt Dietrich (Klavier) aus Ludwigslust aufmerksam. Den letzten Augenblick sollte sich in heutiger beschränkter Zeit niemand entgehen lassen. Namen wie Bach, Liszt, Beethoven, Schubert, Chopin, Wolf, Richard Strauss bieten allein für die Warte des Gebotenen, nicht zu vergessen der hervorragenden Qualitäten der beiden Künstler.

Birkenfeld, 1. Febr. Der neugegründete Gesangs- und Sängerbund (Sib. Wälder), dem auch der Sängerbund Birkenfeld angehört, beabsichtigt sein erstes Konzert hier abzuhalten. Dieser Gesangsverein hat 10 Vereine mit 2-3; tanzend Sängern und hat sich wie viele andere Haus dem Schwab. Sängerbund angegliedert. Borgefunden sind nun die erste vorbereitende Beratung im Löwen Saal. Der Einberufer, Vorstand des Sängerbundes, Prokurist Theodor Becker, betonte in seiner Eröffnungsansprache, daß das Ziel eigentlich schon voriges Jahr hätte stattfinden sollen und zwar in Verbindung mit der Jahresweife, daß aber die ungünstigen Zeitumstände der Abhaltung hindern im Wege standen. Nun sind ja freilich diese Zeitumstände noch nicht viel besser geworden, jedenfalls nicht so, daß man sagen könnte, Beste abzuschießen hätten ihre Berechtigung. Dem muß aber entgegengehalten werden: Reize, welche die idealen Güter, die wir noch haben

haft das deutsche Lied — fliegen, haben sicher ihre Berechtigung. Mit dem Ganzen ist ein Preis, von Verwertungslinien in den drei Abteilungen: ländlicher Volkslied, höherer Volksgesang und Kunstgesang verbunden. Zunächst wurde über die Zeit der Abhaltung des Festes beraten. Man einigte sich auf den 6. Juli. Als Festplatz wurde der Turnplatz mit den sich anschließenden schattigen Oasen in Aussicht genommen. Die Anstellung einer besonderen Festhalle würde zu umständlich und teuer werden. Dagegen lassen Offerten betr. Miete von Feststätten einverlangt werden. Des weiteren wurden die verchiedenen Ausschüsse (Quartier, Empfang, Dekoration, Flaggen) gebildet. Oberlehrer Frey wird die weitere Organisation dieser Ausschüsse besorgen, um sie in geeigneter Zeit einberufen. Nachdem noch verschiedene in Betracht kommende Gegenstände beraten und erledigt waren, schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsch, daß das bevorstehende Gausfest ein guten Verlauf nehmen möge.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 1. Febr. Der Abg. Weiswänger hat an das Staatsministerium die Frage gerichtet, ob ihm bekannt sei, daß infolge des bestehenden Arbeitsgesetzes ein großer Teil unserer mit Wasserkraft betriebenen Werke die Wasserkraft oft kaum zur Hälfte ausnützen kann, wodurch wertvolle Kraftquellen verloren gehen. Was denkt das Staatsministerium zu tun, um die genannten Werke, insbesondere die kleineren und mittleren in den Stand zu setzen, ihre Wasserkraft voll auszunützen?

Mannheim, 1. Febr. Der verantwortliche Redakteur der hiesigen kommunistischen "Arbeiterzeitung", Stadtrat Georg Leichter, ist gestern vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig wegen Verleumdung des Reichspräsidenten und Herabwürdigung der republikanischen Reichsverfassung zu 14 Tagen Gefängnis und wegen Auforderung zum Hochverrat zu einem Jahr und einem Monat Festungshaft verurteilt worden. Ferner wurde eine Gesamtgeldstrafe von 50 Goldmark ausgesprochen und dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt. Die Gefängnisstrafe gilt als durch die Untersuchung verbüßt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.

Elberfeld, 1. Februar. Der Transportarbeiterstreik im Wuppertal hat gestern sein Ende gefunden. Die 48-Stunden-Woche bleibt bestehen. Beibrarbeit wird nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen geleistet. In Solingen ist der Streik im Abflauen begriffen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen der gesamten Lederwaren- und Kartonnagenindustrie haben die Arbeit wieder aufgenommen. Im Transportgewerbe sind soziale Angelegenheiten zur Arbeit zurückgeführt, daß von einem Streik nicht mehr die Rede sein kann.

Richtingeholanden, 1. Febr. Der Stadtrat hat in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, seine Tätigkeit so lange einzustellen, bis das alte Bezugsamt wieder eingeleitet ist und geordnete Verhältnisse eingetreten sind. Auf diesen Beschluß hin wurde Bürgermeister Buz vor den separatistischen Bezirksrat geladen, der ihm eröffnete, daß er seine Geschäftswertzuführen habe, widrigenfalls er und der Stadtrat Deklar Ausweisungen aus dem bezogen Gebiet und Vermögensbeschlagnahme zu gewärtigen hätten.

Rassel, 1. Febr. Von der Strafkammer des Landgerichts in Rassel wurden nach zweitägiger Verhandlung von 19 Einwohnern aus Wolfshagen, die durch Aufruhr, Aufreizung zum Klassenhaß, Straßentraub und Körperverletzung angeklagt sind, 14 zu Gefängnisstrafen von 3 Monaten bis zu 3 Jahren verurteilt. Fünf Angeklagte wurden freigesprochen. Es handelt sich um einen Angriff und die Mithandlung von Jungsturmläuten die am 22. bzw. 23. Dezember 1923 nach einer Tagung geschlossen zum Wagnhof marschierten.

Berlin, 2. Febr. In einem besonderen Passus wird das Reichspostfinanzgesetz das Reich ermächtigen, mit Bayern und Württemberg, die an das Reich noch gewisse Forderungen zu stellen haben, zu verhandeln. Eine endgültige Vereinbarung konnte noch nicht getroffen werden, doch kann von einem Wiederaufleben der Referatrechte keine Rede sein. Im Reichspostministerium neigt man, wie versichert wird, dazu, die noch schwebenden Fragen mit den genannten Staaten durch die Schaffung des Miteigentumsrechts zwischen dem Reich und Bayern bzw. Württemberg zu regeln.

Berlin, 2. Februar. Gestern nachmittag wurden von dem 2. Sachverständigenkomitee folgende Herren gehört: der Vorsitzende der Kriegslastenkommission, Staatssekretär Fischer, der Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium, Trendelenburg, Ministerialdirektor Sula vom Statistischen Reichsamt und Professor Wagemann, kommissarischer Leiter des Statistischen Reichsamts. Es handelte sich um eine kurze Aussprache über das Ergebnis der deutschen Handelsstatistik in den Jahren 1919-1923.

Berlin, 1. Febr. Der preussische Landtag nahm in namentlicher Abstimmung die Grundsteuerreform mit 203 gegen 110 Stimmen bei einer Enthaltung an. Dagegen stimmten die Deutschnationalen, Kommunisten, Deutsch-Dännonoeraner und die Wirtschaftspartei. — Aus Kreisen des Reichspostministeriums hören wir, daß in dem abgelaufenen Monat die durchschnittlichen Zageeinnahmen 9,4 Millionen betragen gegen 8,5 Millionen im Dezember und 8 Millionen im November. — Der Personenverkehr beläuft sich auf den Reichsbahn monatlich mit etwa 30 Millionen Goldmark. — Die Witwe des vor drei Jahren verstorbenen Vizepräsidenten des preussischen Staatsministeriums und nationalliberalen Führers, Erzellenz Dr. Fiedberg, ist in Berlin auf tragische Weise ums Leben gekommen. Sie wurde bei der Überwachung eines Unzuges von einem umkürzenden Geldschrank erschlagen und im Unterleib so schwer verletzt, daß sie nach wenigen Stunden starb. — Der Dollarkurs erfuhr am Freitag keine Veränderung.

Hagen, 1. Febr. Die heutigen Einigungsverhandlungen im Industriearbeiterstreik Hagen-Schwelm hatten wiederum keinen Erfolg. Eine Vereinbarung über nochmalige Verhandlungen wurde von den Parteien nicht getroffen. Es bleibt somit bei dem am vergangenen Samstag gefällten Schiedsspruch, der eine Arbeitszeit von 55 Stunden in der Woche vorsieht. Die Gewerkschaften beabsichtigen, eine U-

abstimmung unter den organisierten Mitgliedern vorzunehmen, die voraussichtlich morgen stattfinden wird.

London, 2. Febr. Die Rheinlandkommission beschloß, die Frage der Defekte der sogenannten Regierung der "autonomen Pfalz" auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Newyork, 1. Febr. Der Zustand Wilsons, der seit einigen Tagen an einem schweren Darmleiden erkrankt ist hat sich wesentlich verwickelt.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 1. Febr. Im Landtag erklärte heute Staatspräsident Dr. v. Dieder, daß er die Große Anfrage des Abg. Bazille betr. die Vertiefung der nationalen Würde durch die Beilebdezeugung beim Untergang der Dignitäten erst beantworten werde, wenn ein entsprechender Antrag der Deutschnationalen im Reichstag seine Erledigung gefunden habe. Sodann wurde in der Beratung des Kirchensteuergesetzes fortgefahren und diese um ein gut Stück gefördert. Eine eingehende Aussprache knüpfte sich an einen Antrag von Dr. v. Hen. (Str.), wonach auch juristische Personen zur Ortssteuer herangezogen werden sollen, wenn solche Steuern für Aufwendungen zur Herstellung oder Unterhaltung von Kirchen und Gebäuden für die Pfarrgeistlichen erheben werden. Dabei sollen die näheren Bestimmungen durch Gesetz geregelt werden. Gegen diesen Antrag wandten sich Redner der Demokratie und der Sozialdemokratie, die darin einen Bewusstseinswandel erblickten und die Ansicht vertraten, daß man Beiträge für kirchlichen Aufbau nicht von Leuten fordern dürfe, die den betreffenden Bekenntnis nicht angehören. Abgeordnete des Zentrums und der Bürgerpartei, welche lehnten eine Entscheidung in ähnlichem Sinne beantragt hatte, wiesen aber darauf hin, daß es gar nicht auf die Frage ankomme, welches Bekenntnis der Inhaber eines Wirtschaftlichen Unternehmens habe, sondern darauf, daß diese Unternehmen Arbeiter beschäftigen und dadurch die Ursache weiterer Kirchenlasten werden, zu deren Tragung man sie mitberanziehen müsse. Der Zentrumsträger, gegen den auch Staatspräsident Dr. Dieder zweimal ins Feld rückte, wurde in dessen mit 45 gegen 35 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Eine längere Aussprache knüpfte sich auch an einen Antrag der Abg. Weiswänger u. Gen. (WB.), wonach die Besteuerung der Steuerzahlung nur verlagert werden darf, wenn die Zahlung mit einem Gesetz in Widerspruch steht oder zur Durchführung staatlicher Hilfe bedarf. Dabei sollte gegen die Verjagung der Kirchensteuer an den Verwaltungsgerichtshof offen stehen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Dienstag nachmittag Fortsetzung. Außerdem Kleine und Große Anfragen.

Ein ungeheurerlicher Skandal.

Stuttgart, 1. Febr. Nach einer von dem Abg. Bazille (WB.) im Landtag gestellten Großen Anfrage hat die Dönnelersche Schutzgesellschaft AG., vertreten durch Max Levi, das gewaltige Areal des früheren Feldmarschalls in Ludwigsburg, also sämtliche Fabrikräume, Lagerhäuser, Kessel- und Maschinenhaus, Direktorenwohnung, Büros, Wohnhäuser usw. vom Reich gemietet. Als Mietzins soll für die ersten zwei Jahre (1. April 1922 bis 1. April 1924) die Summe von 160.000 Papiermark jährlich vereinbart worden sein. Aus freien Stücken habe jedoch die Gesellschaft für die drei ersten Monate des Jahres 1924 den Betrag von 1 Papiermark, d. h. also einen Neuntelstennig Mietzins bezahlt. Der Vertrag soll bis zum Jahre 1952 laufen. Vom 1. April 1924 ab sei zwar eine Erhöhung des Mietpreises in Aussicht genommen, aber auch diese Erhöhung sei keineswegs dem wahren Mietwert der Räume. Im Gegensatz hierzu müsse ein unterer Benutzer in Ludwigsburg für die Miete eines kleinen Schweinehalls in einer Infanteriekaserne in der Größe von etwa 6 Quadratmeter eine Miete von monatlich 200 Mark an das Finanzamt bezahlen. Falls sich diese Darstellung bewahrheiten sollte, läge in geradezu ungeheurerlicher Skandal vor, der einem Vergleich an deutschen Volk gleichkäme. Das Staatsministerium wird gefragt, was ihm in dieser Angelegenheit bekannt sei und was es in der Sache zu tun gedenke.

Erörterung unter den Reichsbeamten über den Abbau.

Stuttgart, 1. Febr. Die Abg. Groß (Str.) und Gen. haben im Landtag folgende Große Anfrage gestellt: Die Durchführung der Personalabbauperordnung bei den Reichsbehörden stellt angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit die Existenzmöglichkeit einer großen Zahl von Beamten, Angestellten und Arbeitern in Frage. Die Fragen, die trotz aller gegenwärtigen Anfragen beim Abbau nicht die unbedingt gebotene Rücksicht auf langjährige Bemühung, Bedeutung der dienstlichen Leistungen, große Familien und besondere persönliche Verhältnisse genommen wird, mehrten sich. Was denkt das Staatsministerium zu tun: 1. um die jetzt schon vielfach bemerkbare Erörterung in den betroffenen Kreisen nicht weiter auszuweiten zu lassen, 2. um einen den wahren Verhältnissen gerecht werdenden Maßstab für den Abbau zu gewährleisten und 3. um die jetzt besonders schwierige Erlangung von Arbeits- und Verdienstmöglichkeit mit allen Mitteln zu unterstützen?

Aufruf von Notgeld.

Frankfurt a. Main, 1. Febr. Der Reichsfinanzminister hat das wertbeständige Notgeld, das auf der Grundlage von Goldbarren oder Goldschonungen in der Provinz Dönnelers-Bassau, den Ländern Baden, Württemberg und Schaumburg-Lippe ausgegeben worden ist, sowie das wertbeständige Notgeld der Stadt Berlin mit Wirkung vom 10. Februar aufgerufen. Unberührt von dem Aufruf bleiben das Notgeld der Reichsbahn und des preussischen Staates. Der Reichsfinanzminister hat die als Deckung für das aufgerufenen Notgeld hinterlegte Goldanleihe mit Wirkung vom 2. Februar freigegeben. Wie verlautet, ist das von der Reichsbahn ausgegebene, nicht wertbeständige Notgeld fast bis zur Hälfte bereits wieder eingelöst worden.

Ein neuer Beweis französischer Separatistenhilfe.

Der Ordnungsoffizier des Bezirksdelegierten von Bergzabern, Geber, fuhr dieser Tage bei einem Landbürgermeister vor und verlangte Einsicht in die Protokollbücher wegen des beabsichtigten Widerrufs der den Separatisten gegenüber abgegebenen Treuerklärung. Auch stellte Geber das Verlangen, die amtlichen Schreiben nicht direkt an die Bezirksdelegation, sondern an das separatistische Amtsbüro zu übersenden. Einem Landbürgermeister, der auf Verlangen als seine vorgesehene Regierung die in Heidelberg bezeichnete, erklärte Geber ausdrücklich: Wir kennen nur noch die autonome Regierung; mit der Würderegierung arbeiten wir nicht mehr zusammen. Ferner drohte der Offizier dem Landbürgermeister mit Anweisung durch die Separatisten mit dem Vermerk, daß den Franzosen ihre Ausweisung gleichgültig sei. Die Landbürgermeister seien selbst Schuld daran.

Chaos in Birmasens.

Birmasens, 1. Febr. Die herrlichen asiatischen Zustände, die Stadt ist ohne jeden politischen Schatz. Die kühnste Bewandlung hat nach der Befehung des Stadtkonvents und wegen der Verdröhung durch die Separatisten die Arbeit niedergelegt. Man befürchtet, daß die nach Speyer vertriebenen Schulleute Nachschauen der Separatisten ausgereicht sind, da sich unter den letzteren vielfach vorbestrafte Leute befinden. — Die über das Vermögen des Wingers Roth in Bad Birkheim wegen seiner beim Generalratul Glise abgegebenen schweren Erklärung ge-

gen die Separatisten befehligen Roths bei C wieder aufgehoben worden.

Die Separatisten befehligen Roths bei C wieder aufgehoben worden. Die Separatisten befehligen Roths bei C wieder aufgehoben worden. Die Separatisten befehligen Roths bei C wieder aufgehoben worden.

Wie aus Kreisen be gemeldet wird, dauert die französisch-belgische Seite erhobenen aus Berlin brauchen anlangen.

Um billig

Der Deutsche Industriellenverband an das Reichsministerium für Wirtschaftsaufbau und Statistik im Gange befindlichen Verhandlungen über die allgemeine Ermäßigung des Sparsamkeit der beherrschenden Wirtschaftsklassen und die Beschaffung des Auslandes. Die Verhandlungen über die allgemeine Ermäßigung des Sparsamkeit der beherrschenden Wirtschaftsklassen und die Beschaffung des Auslandes.

Fastnacht

Durch Min. Verf. Nr. 11 vom 14. d. M. unterhalten jeder auch in geschlossenen ist unterjagt, fastnacht oder Tanz in deren Räumen. In der dem Sportelanlag besch. Polizeistunde durch das Genehmigung. Reuenbürg, den 3.

Wert d

Auf Prüfung des Sachbezüge nach 8 Verpflung, freie Wohnung Wirkung vom 14. Jan. Bezirk Reuenbürg festigt männliche und 120 Die Anschläge für sonstige (sow. u. w.) bemessen in der Regel sind die 8-fachwert der Sachbeziehung und Beleuchtung und Nachmittagsbesperffen 30%.

Die Freilegung vo

tritt mit Wirkung vom Reuenbürg, den 3.

Jugend

Auf mehrfachen W. Pflege und Ernährung

Der Aufsatz umfasst an zwei Abenden von 8 Uhr, unentgeltlich Beginn des Kurse abends 8 Uhr, in der für die Teila-hmerinnen in der Kinderschule und nung der Bezirksfürsorge Reuenbürg, den

Conwell

Die hiesige Geme Feld- und Wald-Samstag, den 9. F auf 3 oder 6 Jahre im haus zur Verpachtung. Den 2. Februar 19

Kern Leder-

Dauerhaftigkeit bei tägliche Anlegen in allen Größen a. Nehn. extra. „SILVAN

glücklichen vorzunehmen, wird.

Subkommission beschloß, die Regierung der „auto-“ zu verlegen.

und Wilsons, der seit mehreren erkrankt ist

ndtag.

kläre heute Staatsbrä-
Könige des Abg. Ba-
Wärde durch die Bei-
wunden erst verantwor-
rag der Deutschnational-
unden habe. Sodann
erreichend fortgeschritten
Eine eingehende Aus-
auf u. Gen. (Str.), wo-
ständlich nur veranlagte
für Aufwendungen zur
eten und Gebäuden für
sowohl sollen die nächsten
den. Gegen diesen
straße und der Sozial-
wung erlitten und die
er höchsten Aufwand
n betreffen den Lebens-
zentrum und der Wä-
ung in ähnlichem Sinne
k, daß es gar nicht auf
s der Inhaber eines
ndern darauf, daß diese
dadurch die Ursache
Tragung man sie mit-
rag, gegen den auch
Weid rüde, wurde in-
haltung angenommen.
uch an einen Antrag
nach die Genehmigung
dacht, wenn die Zahlung
oder zur Durchführung
egen die Verjagung die
richtigst offen haben.
tag nachmittags Fort-
Anzeigen.

fundal.

dem Abg. Basile (BB.)
hat die Höhenjournale
Max Kori, das ge-
amts in Ludwigsburg,
re, Kessel- und Reichs-
Hochfahrtsgebäude usw.
ll für die ersten zwei
die Summe von 160.000
ein. Aus freien Stük-
drei ersten Monate des
Wardes, d. h. also einen
trag soll bis zum Jahre
war eine Erhöhung
der auch diese ent-
der Häuser. Im Ge-
er in Ludwigsburg für
einer Infanterieserne
eine Miete von
monat bezahlt. Falls
läge in geradezu un-
brechen am deutschen
wird gesagt, was ihm
was es in der Sache zu
en über den Abbau.
h (Str.) und Gen. ha-
ge stellt: Die Durch-
bei den Reichsberiebrern
Möglichkeit die Ersten-
men, Angestellten und
trotz aller gegenteilig
gebotene Rücksicht auf
dienstlichen Leistungen,
die Verhältnisse genom-
e Sozialministerum zu
erhöhte Erbtierung in
wachsen zu lassen, 2. um
merwährenden Maßstab für
die zurzeit besonders
nd Verdienstunfähigkeit

b.

er Reichsfinanzminister
auf der Grundlage von
n in der Provinz Del-
und Schwanberg-Lippe
beständige Notgeld der
bruar aufgerufen. Un-
Notgeld der Reichsbahn
eichsfinanzminister hat
otgeld hinterlegte Gold-
re gegeben. Wie ver-
gegebene, nicht vorher-
eits wieder einzufö

Separatistenhilfe.

Belegierten von Berg-
dem Landbürgermeister
tatsächlich wegen des
stiffen gegenüber abge-
ber das Verlangen,
die Bezirksdelegation,
beständig einzurufen.
fragen als keine vorge-
nmete, erklärte Ober-
tonome Regierung; mit
webe zusammen. Fern-
meister mit Aufwehung
ten, daß den Franzosen
Landbürgermeister seien

m.

en chaotische Zustände,
nach Die häßliche Be-
Stadthaus und wegen
die Arbeit niedergelegt,
verschiffen Schulze
Ind, da sich unter den
nden. — Die über das
Dirkheim wegen seiner
schaffen Erklärung ge-

gen die Separatisten verhängte Beschlagnahme ist auf Vor-
stellungen des Reichs bei Litue und den beteiligten Stellen hin
wieder aufgehoben worden.

Abzug der Separatisten aus Wiesbaden.
Die Separatisten haben im Laufe dieser Nacht die öffent-
lichen Gebäude in Wiesbaden, die sie noch besetzt hielten, Re-
gierungspräsidium, Landratsamt, Landhaus und Rathaus, ge-
räumt und die Stadt heimlich verlassen. Die grün-weiße rote
Fahne, die bisher noch über die besetzten Gebäude wehte, ist ein-
gezogen worden. Erst nach dem Abzug der „Besitzer“ des
Reichslandes ließ sich feststellen, in welcher vandalischen Weise
die Wände in den von ihnen besetzten Gebäuden gehackt ha-
ben. Es sind sofort photographische Aufnahmen gemacht wor-
den, um dem Ausland, soweit es darüber noch Zweifel haben
sollte, ein objektives Urteil über die Qualität dieser „Kultur-
träger“ zu geben.

Die englische Zone nach wie vor blockiert.
Wie aus Kreisen der englischen Besatzungsbehörde in Köln
gemeldet wird, dauert die Blockade der englischen Zone durch
die französisch-belgische Regie trotz der wiederholt von engli-
scher Seite erhobenen Vorstellungen immer noch an. Befehle
aus Berlin brauchen durchschnittlich 3 Wochen, bis sie in Köln
anlangen.

Um billigere Eisenbahngütertarife.
Der „Deutsche Industrie- und Handelsstag“ hat in drei
großen Eingaben an das Reichsverkehrsministerium für die augen-
blicklich im Gange befindliche Ueberprüfung des deutschen Ei-
senbahngütertarifs folgende Forderungen übermittelt:
1. Allgemeine Ermäßigung der augenblicklichen Frachttarife, so-
weit dies durch Verminderung des Frachtabwandes vermittelst
zweckmäßiger Sparmaßnahmen möglich ist. 2. Erhö-
hung der Frachtmehrwertung für die mit viel zu stark belasteten
Fertigprodukten und Halbfertigwaren. 3. Tarifmäßige Wieder-
herstellung des Auslandsverkehrs durch Ausdehnung der See-
bahnanalogen Tarife für alle wichtigen Exportgüter. 4. Aufhe-
bung des Zuschlages für die Beförderung in gedeckten Wägen.
5. Schaffung von Durchfahrtsstellen, ohne jedoch hierdurch die
deutschen Konkurrenzverhältnisse zu verschärfen. — Bei
mündlichen Verhandlungen haben diese Forderungen laut „So-
zialistischer Zeitung“ die grundsätzliche Anerkennung des Minister-

ums gefunden und dienen bei dessen Arbeiten für die Rege-
haltung des Tarifwesens mit als Grundlage.

Kritik gegen Kürzung des Beamtenurlaubs.
Berlin, 1. Febr. In einem Berliner Blatt ist der Be-
schluß des Kabinetts vom 31. Januar über die Kürzung des
Beamtenurlaubs einer Kritik unterzogen worden. Die Maß-
nahme ist als eine besondere Härte bezeichnet worden, zumal sie
finanzielle Vorteile für das Reich schon deswegen nicht erbrachte,
weil die Urlaubsgewährung regelmäßig mit irgendwelchen An-
sätzen nicht verknüpft sei, die Vertretung der Beurlaubten viel-
mehr durchweg seitens der Kollegen ermöglicht werde. — Die
Ausführungen gehen von durchaus unzutreffenden Voraus-
setzungen aus. Eine gegenwärtige Vertretung der Beamten ist
besonders bei den Betriebsverwaltungen des Reichs in vielen
Fällen nicht möglich. Es macht sich vielmehr eine Veranziehung
zahlreicher Beamten zu Stellvertretungen notwendig. Das ergibt
sich schon daraus, daß allein bei der Reichsverkehrs-
verwaltung die bisher bestehende, namentlich für die unteren
Gruppen der Beamtenzahl gegenüber dem Vorkriegsstand er-
weiterte Urlaubsregelung die Mehrstellung von rund 50.000
Arbeitskräften notwendig machte. Aber auch bei den Betriebs-
verwaltungen ist der Urlaub der Beamten mit nicht unerheblichen
Kosten verknüpft. Die Reichsregierung mußte sich daher,
so sehr sie an sich geneigt ist, die mögliche Lage der Beamten-
schaft nicht noch ungünstiger zu gestalten, zu der Kürzungsmah-
nahme entschließen.

Keine Einigung zwischen London und Paris.
Dem diplomatischen Berichterstatter des „Daily Telegraph“
zufolge ist bisher in den englisch-französischen Erörterungen
über die päpstliche Frage kein Uebereinkommen erzielt worden.
Poincaré sei der Ansicht, daß die Berichtigung der Angelegenheit
an den Sauger Belgiergerichtshof unnötig sei. Einer der Vor-
schläge der französischen Regierung sei, daß die Botenämterkon-
ferenz eine neue Bewandlung für die Wahl einsehe, die sich we-
der aus Separatisten noch aus der früheren, nach Ansicht fran-
zösischer Kreise „nationalistischen“ Regierung zusammensetzen
soll. Der britische Standpunkt sei, daß alles bald von selbst in
Ordnung kommen werde, wenn den Separatisten jede Unter-
stützung durch die Besatzungsmächte entzogen würde. Die britis-
che Regierung sehe auch keinen Grund, weshalb der ausge-

wiesenen ordnungsmäßigen deutschen Regierung die Rückkehr
nicht gestattet werden solle.

Poincaré gegen Milderung der Währungs politik.
London, 2. Febr. Der französische Botschafter hat gestern
die Antwort Poincarés auf Macdonalds letzten Brief überreicht.
Der Inhalt ist noch nicht bekannt, es verlautet aber, daß Poincaré
nicht geneigt sei, die Politik der Wänder für Frankreich
Sicherheit und für die Zahlung von Reparationen zu mildern,
außer wenn Konventionen in anderer Hinsicht gewährt wür-
den. Die Antwort sei in freundschaftlichen Wendungen abge-
faßt und enthalte die Versicherung, daß Frankreich die Zusam-
menarbeit mit Macdonald zur Lösung der europäischen Pro-
bleme wünsche. — Es wird erwartet, daß der Briefwechsel zu
einer Begegnung der beiden Ministerpräsidenten Anlaß gibt.

Englische Anerkennung der Sowjetregierung.
London, 2. Febr. Auch wurde gestern abend bekanntge-
geben, daß die britische Regierung endgültig beschlossen hat, die
russische Sowjetregierung de jure anzuerkennen.

Wachsende Opposition gegen Benizelos.
Athen, 1. Febr. Der Gesundheitszustand von Benizelos
soll außerordentlich ernst sein. Man erwartet, daß er und sein
Kabinett im Laufe des heutigen Tages zurücktreten werden.
Nach dem „Matin“ sollen ihm seine eigenen politischen Freunde
eine Art Ultimatum überreicht haben und ihn anfragen, er be-
treibe eine zaudernde Politik, indem er zwischen dem Königtum
und Republik nicht zu wählen verhebe. General Fangelos
habe in seiner Zeitung Benizelos und seine Minister mit dem
Tode bedroht.

Verfäumdete Abonnements
können direkt bei der Geschäftsstelle sowie bei den
Agenturen nachgeholt werden.
Erfrischene Nummern werden, soweit vorrätig, nach-
geliefert.
Die Post nimmt Nachbestellungen für den Monat Februar
nicht mehr an.

Fastnachtstunfbarkeiten.
Durch Min.-Verf. vom 11. Januar 1924 (Staatsanz.
Nr. 11 vom 14. d. M.) sind auch in diesem Jahre Fastnacht-
unterhaltungen jeder Art sowohl in der Öffentlichkeit wie
auch in geschlossenen Räumlichkeiten verboten; den Wirten
ist unterlagt, Fastnachtunterhaltungen mit Musik, Gesang
oder Tanz in ihren Räumlichkeiten zu dulden. Anträge auf
Konzertlaubnis in der Fastnachtszeit werden unter entsprechen-
dem Sportelantrag befriedigt, Gesuche um Verlängerung der
Polizeistunde durch das Ministerium haben keine Aussicht
auf Genehmigung.
Neuenbürg, den 31. Jan. 1924. **Oberamt:
Baaner.**

Wert der Sachbezüge.
Auf Verfügung des Oberversicherungsamts wird der Wert
der Sachbezüge nach § 160 Abs. 2 RVO. (d. h. für volle
Vergütung, freie Wohnung, Heizung und Beleuchtung) mit
Wirkung vom 14. Januar ab bis auf weiteres für den
Bezirk Neuenbürg festgesetzt auf täglich 1,40 Goldmark für
männliche und 1,20 Goldmark für weibliche Beschäftigte.
Die Anschläge für sonstige Sachbezüge (wie Kleidung,
Geschenke usw.) bemessen sich nach den örtlichen Verhältnissen;
in der Regel sind die Kleinhandelspreise maßgebend. Vom
Gesamtwert der Sachbezüge entfallen auf: Wohnung samt
Heizung und Beleuchtung 5%, Frühstück 5%, Vormittags-
und Nachmittagsvesper je 10%, Mittagessen 40%, Abend-
essen 30%.
Die Festsetzung vom 26. 10. 1923, Ergäuter Nr. 252,
trifft mit Wirkung vom 14. 1. 1924 ab außer Kraft.
Neuenbürg, den 31. Januar 1924.
**Ver sicherungsamt:
Ammann Debel.**

Jugendamt Calw.
Auf mehrfachen Wunsch wird ein Kursus abgehalten über
**Pflege und Ernährung des Kindes in den
ersten Lebensjahren.**
Der Kursus umfasst 6 Vorträge und wird wöchentlich
an zwei Abenden von der Bezirksfürsorgerin, Schw. Ottilie
über, unentgeltlich gegeben.
Beginn des Kurzes: **Montag, den 11. Februar,**
abends 8 Uhr, in der Mütterberatungsstelle hier. Listen
für die Teilnehmerinnen liegen bis Samstag, den 9. Februar
in der Kinderkche und abends von 6—8 Uhr in der Woh-
nung der Bezirksfürsorgerin auf.
Neuenbürg, den 2. Februar 1924. **Stiefel.**

Conweiler (OA Neuenbürg).
**Jagd-
Berpachtung.**
Die hiesige Gemeindejagd, umfassend 621 Hektar
Feld- und Waldfläche, kommt am
— **Samstag, den 9. Februar 1924, nachmittags 3 Uhr,**
auf 3 oder 6 Jahre im öffentlichen Aufsteich auf dem Rat-
haus zur Verpachtung, wozu Liebhaber eingeladen sind.
Den 2. Februar 1924.
**Schultheissenamt:
Langnein.**

**Kern-
Leder-
Sohlen**
an Haltbarkeit weit
übertrifft sind
„Odenwald“-Sohlen.
Dauerhaftigkeit bei täglichem Gebrauch 1 Jahr. Fix und fertig zum
Annägen in allen Größen. Pro Paar nur 1.— G.-M. freibl. Porto
u. Nach. extra. „SILYANA“-Gesellschaft Langen-Donau 2897.

Ottenshausen.
**Stammholz-
Verkauf.**
Aus dem Gemeindevwald Abteilung: Obere Hardt und
Heiwalb kommen zum Verkauf:
Fi.-Langholz Fm.: 2,73 2., 10,00 3., 4,80 4.,
4,19 5., 0,49 6. Klasse.
Fi.-Sägh. Fm.: 3,88 2. Klasse.
Fo.-Langh. Fm.: 1,45 2., 10,44 3., 0,27 5. Kl.
Fo.-Sägh. Fm.: 6,05 1., 23,81 2., 11,49 3. Kl.
Eichen Fm.: 0,35 4., 0,68 5. Klasse.
Die bedingungslosen, schriftlichen Angebote der Gold-
grundpreise wollen bis
Dienstag, den 5. Februar ds. Js.,
nachmittags 5 Uhr,
eingereicht werden. Losverzeichnis besorgt Waldhüter
Großmann.
Den 28. Januar 1924.
Gemeinderat.

**Stammholz-
Versteigerung.**
Die Gemeinde Langenriedbach versteigert am
Mittwoch, den 6. Februar ds. Js.
aus dem Gemeindevwald folgendes Nutzholz:
32 Eichen 1.—6. Klasse,
11 Eichen 6. Klasse,
581 Fichten und Tannen 2.—6. Klasse.
105 Fichten 1.—3. Klasse.
Zusammenkunft vormittags 9 Uhr beim Rathaus.
Langenriedbach, den 31. Januar 1924.
Gemeinderat: Schöpfl.

**Leinkuchen=Mehl,
Mohnkuchen=Mehl,
Repskuchen=Mehl,**
garantiert rein, zu billigsten Tagespreisen.
Alfred Reclam, Nagold,
Fernsprecher 101.

Lungenkranke
versuchen eine Hamakar. Auskunft erteilt H. Maler, Homöopath
und Naturheilkundiger, Reinfelderstr. 21, Pforzheim, Fernr. 2218

**Kathreiners
Malz-
kaffee**
ist gesund
und
— hilft sparen!
— Echt nur im Kneipp-Paket! —

Am Sonntag, den 3. ds. Mts.
findet im Gasthaus zum „Hirsch“ in Hohen
große Hundebörse
statt und ladet freundlichst ein
Georg Napp.

Von jetzt ab treffen wieder regelmäßig jede Woche
Transporte ein in sehr gut bewährten
**Oberländer und Hohenloher
Mild- u. Läuferschweinen**
und nehme sofort Bestellungen entgegen.

Verkaufe zugleich ein ausnahmsweise schönes, 13 Wochen
altes
Erstlings-Mutterschwein
(Schwarzschel, Hohenloher Schlag).
Ernst Buchter, Arnbach,
Telefon Nr. 3.

Wo kauft man guten und billigen Wein?
Bei der Weinzentrale A.G.!
Freiburg/Br. Stuttgart. Uim.
Karlsruhe. Alleeamt. 24. Tel. 20741. Mannheim.
Konsum-Weine, Flaschen-Weine,
Verschnitt-Weine.
Vertreter gesucht!

Große Ordnung
Kinder-, Sport- und Leiter-Wagen
eingetroffen. Teilzahlung gestattet.
Eugen Weller, Pforzheim, Tel. 2218



Sie sind überall zu haben!

Raucht „Fredy“-Zigaretten

Hergestellt aus den feinsten Orient-Tabaken (Goldgelbe Ware).
Sie sind trotz des billigen Preises an Qualität unübertroffen.

Cairo Gold 3 Pf. | Fredy-Extra 5 Pf.
Harry Walden Gold u. o. M. 4 Pf. | und Extra-Klasse

Wiederverkäufer u. Wirte, die solche noch nicht haben, erhalten dieselben zu Orig.-Fabrikpreisen bei unserem Fabriklager

der Fa. **Pfeiffer & Wissler**, Großhandelshaus für Tabakwaren,

Pforzheim, Metzgerstrasse 11,

Telefon 1969.

Für den Pfeifen-Raucher empfehlen wir



Pfeifka-Shäg, den herrlichen Tabak für die kurze Pfeife.

In allen einschlägigen Geschäften zu haben.

Sie sind überall zu haben!



Loffenau.
Dankagung.
Bei dem schweren Leid, das uns durch den Verlust unserer teuren Enkelkinder
Frau Sophie Luft, Adlertwirtschwiter,
und
Frau Anna Luft, geb. Adam,
beschieden ward, sind uns von nah und fern so viele wohlthuende Beweise herzlichster Teilnahme entgegengebracht worden, daß wir bitten müssen, nur auf diesem Wege unsern tiefgefühltesten Dank zum Ausdruck bringen zu dürfen.
Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Willy Luft zum „Adler“.

Bezirks-Consumverein
Neuenbürg (Enz)
c. G. m. b. H.
General-Versammlung

Die jährliche
findet am
Sonntag, den 10. Februar 1924, nachm. 1 Uhr,
in der Turnhalle in Neuenbürg statt.

- Tagesordnung:**
1. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht.
 2. Bericht über die stattgefundenen Rechnungsprüfung durch den Verbandsrechnungsprüfer.
 3. Bericht des Aufsichtsrats, Antrag auf Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstands.
 4. Goldbilanz auf 31. 12. 23.
 5. Aufwertung.
 6. Statutenänderung.
 7. Neuwahlen für Vorstand und Aufsichtsrat.
 8. Anträge, welche spätestens 3 Tage vor der Generalversammlung beim Vorsitzenden des Aufsichtsrats schriftlich eingereicht sein müssen.
- Die Bilanz liegt zur Einsichtnahme durch die Mitglieder auf unserem Geschäftszimmer auf.
Wir bitten unsere Mitglieder mit Frauen zahlreich und pünktlich erscheinen zu wollen. Mitgliedskarte mitbringen.
Neuenbürg, den 1. Februar 1924.
Der Aufsichtsrat.
Vorstand: R. H. H.

Weber-Räucherschranke
Die Besten und Billigsten. Seit 30 Jahren überall bewährt. Preis über **Hausbäckerei und Konditorei** von der größten Spezialfabrik
Anton Weber, Ettlingen (Baden).

Neu eingetroffen!
Bozener- und Gummi-Mäntel,
Sonn- und Werktags-Hosen,
Hemdenflanelle, Kleiderzeugle u. Druck zc.
Selbstbinder von 60 Pfg. ab.
Josef Seubert, Neuenbürg
Kein Laden! gegenüber der Turnhalle. Kein Laden!

Empfehle meine frisch eingetroffenen
Garten-Sämereien,
Stangen- und Busch-Saat-Bohnen,
Kunkelrüben-Samen (gelbe Eckendorfer Riesen).
Nur erstklassige Qualitätsware!
Gottlieb Craubner Wwe., Neuenbürg,
Samen-Handlung.

Die
Württembergische Feuerversicherung A. G.
in **STUTT GART**
macht darauf aufmerksam, dass sie die bestehenden
Papiermark-Versicherungen
in
Versicherungen nach Goldmark
(1 Dollar = 4,20 Goldmark)
umwandelt. Zu den Umwandlungen wie auch der Aufnahme neuer Versicherungen stehen allenfalls unsere **Bezirksagenten zur Verfügung.**

D. W. V.
Versammlung
Sonntag nachmittag 2 Uhr
bei Kiefer. Um vollständiges Erscheinen bittet
der Aufsichtsrat.

R. Hagmayer
z. „Schwanen“.

Eier-
Leigwaren
aller Art
in bekannter Güte.

Als **Sonderheit**
empfehle ich meine
Eipierlen,
höchst ausgiebig, daher
billig, zu jeder Suppe
zu verwenden!

R. Hagmayer
Rufnummer 46.

Schönbürg.
Zwei
Regulier-Kochöfen,
einen
Herd,
beide gebraucht, jedoch gut erhalten, hat billig zu verkaufen.
J. Bäuerle, Schlossermeister.

Neuenbürg. :: „Bären“-Saal.
Sonntag, 3. Februar, mittags 5 Uhr,
Saalöffnung 1/2 5 Uhr,
Klavier- u. Liederabend
Fred Romberg-München (Tenor),
Kurt Dieterich-Ludwigsburg.
Aus Schumanns „Dichterliebe“, sowie Lieder von
Beethoven, Wolff und R. Strauss. (Näh. s. Progr.)
Karten und Programme in der „Enztaler“-
Geschäftsstelle und an der Abendkasse.

Der Musik-Verein Dennach
veranstaltet am **Sonntag, den 3. Februar 1924** einen
Tanz-Ausflug
nach **Rotensol** in das Gasthaus zum „**Adler**“ und
ladet hierzu freundlichst ein
Carl Pfeiffer.
Tanz-Anfang 6 Uhr.

Ia. Malzkeimen,
Hafer u. Gerste
billigst.
Gebr. Schlanderer,
Unterreichenbach, Tel. 2.
Rotensbach.

Ein
Sofa,
gebraucht, aber gut erhalten,
mit rotem Plüschüberzug, zu
verkaufen.
Wilhelm Hermann.

Obernhausen.
Eine 25 Wochen trüchtige
Ruß- und
Fahrtuh,
sowie zwei
Käuser Schweine
sind zu verkaufen
Haus Nr. 55.

Schiefer-Lafeln
empfiehlt
C. Neeh'sche Buchhandlung,
Jnh. D. Strom.

Stadtpflege Neuenbürg.
Schlagraumverkauf
in 17 Lohlen aus der Abteilung
oberer Hohrain am Montag,
den 4. d. Mts., abends 6 Uhr,
im Rathaus.

Die
Brandschadensumlage
auf 1. 1. 1924,
die in den letzten Tagen jedem
Steuerpflichtigen schriftlich be-
kannt gegeben worden ist, ist
in möglichster Eile an die
Stadtkasse abzuführen.

Bezirks-Arbeitsamt
Neuenbürg.
Rathaus Zimmer Nr. 8.
Telefon Nr. 53.

Wir suchen:
einige tüchtige **Feinmechaniker** über 25 Jahre für
Sofort,
2 **jüngere Küchenmädchen.**
Eintritt Ende April.
1 **Geschirrspüler** für sofort.

Neuenbürg.
Die nächste
Mütter-
beratungsstunde
findet Montag, den 4. Febr.,
von 2—1/4 Uhr, statt.

Obst- und
Gartenbauverein
Drisgruppe
Neuenbürg.
Heute nachm. 3—8 Uhr
Kunstbingerausgabe
im Lokal beim Gasthaus zur
„Rose“. **Der Vorstand.**

Neuenbürg.
Wir suchen einige tüchtige
Fein-Mechaniker.
Alter nicht unter 25 Jahren.
Vetter & Fischer,
G. m. b. H.

Gottesdienste
in **Neuenbürg**
Sonntag, den 3. Februar.
4. Sonntag nach dem Festtags-
fest.
10 Uhr Predigt (Matth. 5, 8. 9.
Lied 390):
Pred. Dr. Wegerlin.
1/2 Uhr **Christenlehre (Ehene):**
Stadtpfarrer **Vierhies**
Mittwoch, abends 8 Uhr Bibel-
stunde im Gemeindehaus:
Stadtpfarrer **Vierhies.**

Katholisch. Gottesdienst
in **Neuenbürg**
Sonntag, den 3. Februar 1924
9 Uhr Predigt und Amt: **Plü-**
merhoffer.
1/2 Uhr nachm. **Christenlehre** und
A. Bach.
Mittwoch, den 6. Febr., abends
8 Uhr **Generalversammlung** des
Kirchenbauvereins im „Poly-
apfel“.

Methodisten-Gemeinde
in **Neuenbürg (E. Lang).**
Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt-
tagsschule. „1/2 12 Uhr Son-
tagsschule.“
Mittwochabend 8 Uhr Bibelstunde.

Heute einen Fremden auf den Hof zu kommen. Ich mein, den Franz soll man los lassen und ins Haus herein nehmen“, rief sie zum Hohen hinaus. In diesem Augenblick schlug der Hund an und verließ ein lautes Gebell. Während Jerry er an der Seite, Xaver öffnete die Haustüre und wollte den Hund losmachen. Da lag er einen schwerhörigen, gerumpften Mann schon mitten im Hof stehen. Herrgott! Es war ja kein Vater! „Ja, mit gewissem und hat gefehlt, es hätte nicht mehr in dem Hause bleiben. Nimm mich es an den Vater und an die Mutter denken, und bei Nacht habe es alle Tränen. Der Vater kommt immer wieder mit einem Koffer und manchmal in letzter Zeit mit einem Gewehr, so schick der Vater, keine Erklärung: Neuenbürg, sagte er, das wäre etwas für Euch, ein Vaterbus für ganze Jahre, vielleicht, so meinte er, könnte ein Buchstaben aus ihm werden.“



